



HESSISCHER LANDTAG

30.11.2017

HHA

Änderungsantrag der Fraktion DIE LINKE

zu dem Gesetzentwurf der Landesregierung für ein Gesetz über
die Feststellung des Haushaltsplans des Landes Hessen für die
Haushaltsjahre 2018 und 2019 (Haushaltsgesetz 2018/2019)

Drucksache 19/5237

Inhalt des Antrags: **Absenkung der Mittel für den Verfassungsschutz**

Einzelplan 03 Hessisches Ministerium des Innern und für Sport

Der Landtag wolle beschließen:

Zu Kapitel 03 03 Landesamt für Verfassungsschutz
Buchungskreis: 2210

Produktnummer lt. Leistungsplan 1

Bezeichnung lt. Leistungsplan Verfassungsschutz

Veränderung

von um auf

Leistungsplan 2018:

	Beträge in 1.000 EUR		
Gesamtkosten	27.917,2	-11.000,0	16.917,2
Produktabgeltung	27.825,5	-11.000,0	16.825,5

Leistungsplan 2019:

	Beträge in 1.000 EUR		
Gesamtkosten	28.908,0	-12.000,0	16.908,0
Produktabgeltung	28.816,3	-12.000,0	16.816,3

Der Wirtschaftsplan und der kamerale Haushalt sind entsprechend anzupassen.

Begründung des Änderungsantrags:

Obwohl der Inlandsgeheimdienst Verfassungsschutz jeglichen Nachweis seiner notwendigen und ordentlichen Arbeit schuldig bleibt (siehe NSU-Komplex, NSA-Skandal etc.) und obwohl in vielen Bereichen der Rotstift regiert, wird der Inlandsgeheimdienst Verfassungsschutz seit 2001 mit ständig neuen Mitteln und Ressourcen ausgestattet. Das Budget wurde seit 2006 annähernd verdoppelt! Alleine 2016 und 2017 wurden 70 neue Stellen (+ 25 Prozent) und 31 Stellenhebungen (+ für 10 Prozent des Personals) bewilligt, während in allen anderen Bereichen, wie Polizei, Kommunen, Justiz und Behörden, immer weiter gekürzt wurde.

Die Geheimdienste sind bundesweit durch unentwegte Skandale in Erscheinung getreten. Der hessische Verfassungsschutz hat im NSU-Komplex eine skandalöse Rolle gespielt und versucht sich - wie andere Geheimdienste auch - jeglicher Verantwortung und demokratischen Kontrolle zu entziehen. Es kann nicht sein, dass ohne Fehlereinsicht, ohne massive Stärkung parlamentarischer Rechte und ohne eine Veränderung in der Zusammenarbeit mit V-Leuten der Verfassungsschutz seit 2006 um fast das Doppelte mehr an Personal und Finanzmittel erhält.

Wir wollen den Inlandsgeheimdienst "Verfassungsschutz" Schritt für Schritt zurückbauen, indem zunächst eine Rückführung der Mittel auf das Niveau von 2006 stattfindet. Freiwerdende Mittel sollen in Präventionsprogramme gegen Gewalt und Menschenfeindlichkeit fließen.

Wiesbaden, 30.11.2017

Für die Fraktion DIE LINKE
Die Fraktionsvorsitzende

Janine Wissler